









## "Nachhaltigkeitspakt für unser Land"

## Der gemeinsame Beitrag der Sozialpartner: Wohnraumpolitik

Wir unterstützen die Bestrebungen der Landesregierung, gemeinsam einen "Nachhaltigkeitspakt" zu erarbeiten.

Im Rahmen eines Dialogverfahrens haben wir einige gemeinsame Ziele festgelegt, die wir für strategisch erachten. Dazu wurden und werden auch in den kommenden Monaten konkrete Vorschläge ausgearbeitet, die der Landesregierung unterbreitet werden.

Wir halten es für entscheidend, auf das verarbeitende Gewerbe als wichtigsten Entwicklungsmotor der heimischen Wirtschaft zu setzen. Bereits heute ist es der bedeutendste Sektor im Hinblick auf den Beitrag zum BIP, zur qualifizierten Beschäftigung, bei der Internationalisierung und Innovation.

Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren der verarbeitenden Unternehmen ist die hohe Produktivität ihrer MitarbeiterInnen. Die heimischen Betriebe sind allerdings mit einem immer größeren Fachkräftemangel konfrontiert. Wir stimmen darüber überein, dass eine der dringendsten Maßnahmen, um heimische Talente in Südtirol zu halten, von außerhalb wieder zurückzubringen bzw. von anderswoher anzuziehen, die Schaffung leistbaren Wohnraums ist, insbesondere, was den Mietmarkt anbelangt.

Aus diesem Grund unterbreiten wir der Landesregierung die folgenden Vorschläge, zu denen wir uns gerne gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern austauschen:

- Sorgfältige Planung bei der Ausweisung von neuem Baugrund: Im Mittelpunkt der Wohnbaupolitik muss der tatsächliche Wohnungsbedarf stehen. Besondere Aufmerksamkeit muss der Aufwertung/Wiederverwendung bereits bestehender Areale (z.B. Militär- und Eisenbahngelände) geschenkt werden.
- Es muss für alle eine Gleichbehandlung garantiert werden, indem der Zugang zum Baugrund für den geförderten Wohnbau künftig allen Ansässigen für den Bau der Erstwohnung und den Bau von Wohnungen, die für 20 Jahre an Ansässige zum Landesmietzins vermietet werden, ermöglicht wird. Die eventuelle Landesförderung muss der Familie für die Wohnung, nicht für den Baugrund oder die Erschließungskosten, gewährt werden.
- Mietmarkt: Südtirol braucht einen effizienten und funktionierenden Mietmarkt, der insbesondere den veränderten Bedürfnissen unserer Jugendlichen entgegenkommt. Übermäßige Einschränkungen sind nicht zielführend. Der Landesmietzins muss die unterschiedlichen Bedingungen in den Gemeinden wiederspiegeln.
- Der Bedarf an **Sozialwohnungen** soll auch in Zukunft vom Institut für den sozialen Wohnbau gedeckt werden.











- Arbeiterwohnheime: Es braucht außerordentliche Investitionen, um neue Arbeiterwohnheime zu errichten, damit auch all jene MitarbeiterInnen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes beitragen und nur vorübergehende Unterkünfte benötigen, eine Wohnmöglichkeit bekommen.
- **Studentenwohnheime**: Die Freie Universität Bozen leistet einen entscheidenden Beitrag bei der Ausbildung unserer Jugend und zieht begabte Menschen von außerhalb der Landesgrenzen an. Es müssen umgehend Flächen für Studentenwohnheime, sowohl für öffentliche als auch private Initiativen, zur Verfügung gestellt werden.

AGB-CGIL Cristina Masera Alfred Ebner

ASGB Tony Tschenett

SGB*CISL*Michele Buonerba

UIL-SGK Toni Serafini

UNTERNEHMERVERBAND SÜDTIROL Vinicio Biasi

Bozen, 2. Dezember 2019